

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

EU würdigt Fortschritte bei Menschenrechten

Die EU würdigte am 5. Juni die von Sri Lanka erzielten Fortschritte zum Schutz und der Stärkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Gleichzeitig ermutigte die EU Sri Lanka, sich mit Fragen im Zusammenhang mit religiösem und ethnischem Hass zu befassen und eine Null-Toleranz-Politik für Hassreden- sowie Hassverbrechen beizubehalten. Dies betonte eine Delegation der EU während der dritten Sitzung der Arbeitsgruppe „Governance, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“ im Rahmen der gemeinsamen EU-Sri-Lanka-Kommission in Brüssel. Sri Lanka hatte im Mai 2017 Zollpräferenzen (GSP Plus) erhalten. Im Gegenzug verpflichtete sich Sri Lanka, die ratifizierten internationalen Übereinkommen über Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung wirksam umzusetzen. Die Entscheidung beinhaltet umgekehrt die Verpflichtung der EU, die Reform- und Aussöhnungsagenda der Regierung Sri Lankas zu unterstützen. Es gab einen ausführlichen Informationsaustausch über viele wichtige laufende Reformen wie die Ersetzung des Gesetzes zur Verhütung von Terrorismus und die Reform der Strafprozessordnung, um sie mit den internationalen Standards und dem Status der Verfassung in Einklang zu bringen. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass weitere Fortschritte bei der Aussöhnung erzielt werden müssen. Zu diesem Zweck bleibt die vollständige Umsetzung der Resolution des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen vom Oktober 2015, einschließlich der dringenden Rückgabe von Land, eine Priorität. Die EU bekräftigte ihre Bereitschaft, die Regierung weiterhin durch Förderung der nationalen Aussöhnung zu unterstützen.

Armee richtet Amt zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen ein

Die sri-lankische Armee hat eine Sondereinheit eingerichtet, die sich gegen die Anschuldigungen schwerer Menschenrechtsverletzungen am Ende des jahrzehntelangen ethnischen Krieges auf der Insel verteidigen soll. Armeehauptkommandant Mahesh Senanayake teilte ausländischen Medien am 10. Mai mit, die Einheit werde lokale und internationale Berichte zusammentragen, um die Wahrheit herauszufinden. Internationale Menschenrechtsorganisationen beschuldigten das Militär, in den letzten Monaten des Krieges 40.000 tamilische Zivilisten getötet zu haben. Die damalige

Regierung unter Mahinda Rajapaksa wies den Vorwurf zurück. „Verschiedene Leute haben verschiedene Dinge gesagt, aber unsere Stimme wurde nicht gehört“, sagte Senanayake den ausländischen Korrespondenten in Colombo. „Deshalb habe ich die Sonderdirektion für Auslandseinsätze eingerichtet, um unsere Position darzulegen.“ Generalleutnant Senanayake rückte von früheren Behauptungen ab, dass keine Zivilisten starben, und räumte ein, dass es möglicherweise individuelle Ausschreitungen gegeben habe. „Ich weiß, dass die [damalige] Regierung sagte, dass kein Zivilist getötet wurde, aber es war nicht unsere Stimme. Das haben wir nie gesagt.“

Tote durch Monsun

Durch schwere Unwetter und tagelange, starke Regenfälle in Folge des Monsuns sind in Sri Lanka mindestens elf Menschen ums Leben gekommen. Wie die Katastrophenschutzbehörde mitteilte, wurde am 23. Mai im nordwestlichen Bezirk Puttalan ein Angler von einem Blitz getroffen und ein Jugendlicher von den Fluten mitgerissen. Weitere Menschen seien zudem seit dem 20. Mai durch Überschwemmungen, Erdbeben und umstürzende Bäume gestorben. In Teilen des Landes kam es zu Sturzfluten. Von den Überschwemmungen waren nach Angaben der Behörden mehr als 100.000 Menschen betroffen. Etwa 12.000 wurden aufgefordert, ihr Zuhause zu verlassen. Zudem blieben vielerorts die Schulen geschlossen. Im Jahr 2017 kamen beim Monsun in Sri Lanka mehr als 200 Menschen ums Leben.

Sri Lankas Menschenrechtskommission erhält A-Status

Die Menschenrechtskommission von Sri Lanka (*Human Rights Commission of Sri Lanka*, HRCSL) wurde für ihre Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte von der *Global Alliance for National Human Rights Institutions* (GANHRI) mit einem A-Status akkreditiert. GANHRI fördert und stärkt nationale Menschenrechtsinstitutionen (NHRIs), die den Pariser Prinzipien entsprechen und eine führende Rolle bei der Förderung und beim Schutz der Menschenrechte spielen. Der Status „A“ bedeutet, dass das Institut die Pariser Grundsätze, vor allem die Unabhängigkeit von der Regierung, vollständig erfüllt. Der Ausschuss für die strenge Überprüfung tagt alle fünf Jahre und trat in diesem Jahr im Mai in Genf zusammen.